BESCHLUSS-PROTOKOLL

Sitzung	des Einwohnerrates Herisau vom 19. Oktober 2011
Anwesend:	25 Mitglieder des Einwohnerrates 7 Mitglieder des Gemeinderates
Abwesend:	Einwohnerrat Yves Balmer Einwohnerrätin Evelyn Hebeisen Einwohnerrat Roger Mantel Einwohnerrätin Kai Nagel Einwohnerrätin Marlies Nef-Eisenhut Einwohnerrat Lukas Scherer
Vorsitz:	Einwohnerratspräsident Markus Brönnimann
Protokoll:	Gemeindeschreiber Christof Bamert Gemeindeschreiber-Stellvertreterin Sigrid Deucher
Beginn:	17.00 Uhr
Schluss:	19.00 Uhr

Inhaltsverzeichnis

08 Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten

09 Finanzplan 2012 - 2016

10 Voranschlag 2012; Laufende Rechnung und Investitionsrechnung 2012 - Festlegung des Steuerfusses 2012

11 Geschäftsreglement Einwohnerrat; Totalrevision; Einsetzung einer parlamentarischen Kommission

Rückkommensanträge
Rückkommen gemäss Art. 26 des Geschäftsreglementes wird nicht beantragt.

Dieses Protokoll umfasst die Seiten: 1 - 16

Der Präsident: Der Gemeindeschreiber:

Genehmigt durch das Büro des Einwohnerrates am:

Einwohnerrat

Protokoll

Nr. 08

vom

19. Oktober 2011

Eröffnung der Sitzung durch den Präsidenten

Der Präsident begrüsst zur Sitzung. Im Rahmen einer Schweigeminute wird der kürzlich verstorbenen Ruth Beutler, ehemalige Einwohnerrätin, gedenkt.

Angesichts der drei wichtigen Traktanden (Finanzplan, Budget, Steuerfuss) geht der Ratspräsident auf die Thematik "Finanzielle Führung" ein. Nach einer privatwirtschaftlichen Betrachtungsweise kommt der Ratspräsident auf die Unterschiede gegenüber einer Gemeinde zu sprechen. Auch hier müsse die Liquidität sichergestellt werden. Der Ertrag setzt sich aus Steuern und Gebühren zusammen. Hinsichtlich der Steuern steht auch die Gemeinde in einem Wettbewerb. Die zu entrichtenden Steuern stehen in keinem direkten Zusammenhang mit den bezogenen Leistungen. Das Ziel der Gemeinde muss sein, gerade soviel Steuern einzunehmen, um die verlangten Leistungen kostendeckend erbringen zu können. Bei der Planung des Aufwandes und der Investitionen gibt es viele Gemeinsamkeiten mit der finanziellen Führung einer Unternehmung (u.a. Entscheide über Eigen- und Drittleistungen, Optimierung der Qualität der Leistungsprozesse). Der Haupttreiber auf der Aufwandseite ist und bleibt der Leistungskatalog, welcher von der Politik vorgegeben wird. Eine weitere Spezialität der öffentlichen Hand stellt die Bewirtschaftung der Schulden dar (Verzinsung, Auf- und Abbau der Schulden). Weniger Schulden ist im Grundsatz nicht schlecht. Eine Gewinnerzielung hat sich die Gemeinde nicht zu überlegen. Eigentlich sollte auch kein Eigenkapital vorhanden sein, sonst hätte der Staat zuviel Steuern eingezogen. Will eine Gemeinde die Reserven abbauen, so hat sie die Rechnung mit einem Verlust abzuschliessen. Im Gegensatz zu einem Unternehmen kann ein Verlust für eine Gemeinde durchaus notwendig und sinnvoll sein.
Die heutigen Entscheide sind für Herisau sehr wichtig. Deshalb lohnt es sich, über die Zusammenhänge der finanziellen Führung nachzudenken und keine falschen Schlüsse zu ziehen.
Mit diesen einleitenden Worten erklärt der Präsident die Sitzung als eröffnet.

Feststellung der Präsenz

Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung Einwohnerrat Yves Balmer (SP), Einwohnerrätin Evelyn Hebeisen (EVP), Einwohnerrat Roger Mantel (FDP), Einwohnerrätin Kai Nagel (SVP), Einwohnerrätin Marlies Nef (FDP) und Einwohnerrat Lukas Scherer (FDP).
Der Präsident stellt die Anwesenheit von 25 Einwohnerräten fest. Das absolute Mehr beträgt somit 13. Die Zweidrittelsmehrheit ist 17.
Der Präsident stellt die Verhandlungs- und Beschlussfähigkeit fest.

Protokollgenehmigung

An der heutigen Sitzung hat das Büro das Protokoll der Sitzung vom 7. September 2011 ohne Korrekturen genehmigt.

Traktandenliste

Dazu werden keine Änderungsanträge gestellt.

Finanzplan 2012 - 2016

(Grundlage und Bestandteil dieses Protokolls bildet die gemeinderätliche Botschaft vom 14. September 2011)

Antrag

Mit Beschluss vom 13. September 2011 hat der Gemeinderat den vorliegenden Finanzplan 2012 - 2016 genehmigt. Er unterbreitet denselben dem Einwohnerrat zur

Beratung und Kenntnisnahme.

Eintretensfrage

a) Gemeinderat

Der Gemeinderat will - so Gemeindepräsident Paul Signer - an den bisherigen finanzpolitischen Zielsetzungen festhalten: mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung, Obergrenze von 150 % des Steuerertrages eines Jahres für die Nettoverschuldung. Demgegenüber möchte der Gemeinderat die Beibehaltung des Gesamtsteuerfusses von 4,3 Einheiten aufgeben, da er überzeugt ist, dass längerfristig eine Steuersenkung um 0,2 Einheiten verantwortbar ist. Diese Senkung setzt jedoch voraus, dass der Einwohnerrat und der Souverän negative Abschlüsse akzeptieren, die über die Reserven (Konto Vor- und Rückschläge von über 8,5 Mio. Franken) finanziert werden können.
Einschneidende Änderungen treten im 2013 ein: Einführung des HRM2 und Inkraftsetzung eines neuen Rechnungsmodells. Die konkreten Auswirkungen auf den Finanzhaushalt und die Rechnungslegung werden erst im Frühjahr 2012 definitiv beurteilt werden können.
Am 1. Januar 2011 trat die neue Pflegefinanzierung in Kraft (Kostenverlagerung zur öffentlichen Hand). Für das laufende Jahr wurden Aufwendungen von rund 754'000.-- Franken prognostiziert; aufgrund der aktuellen Hochrechnungen muss nunmehr für das laufende und für die nächsten Jahre mit einer Belastung von rund 1,3 bis 1,5 Mio. Franken gerechnet werden.
Die vorliegende Finanzplanung zeigt auf, dass Herisau die Ausgabenüberschüsse in den nächsten Jahren ohne zusätzliche Verschuldung und sogar mit einer Steuersenkung tragen kann. Der Abbau des Kontos "Vor- und Rückschläge" ist vertret- und verantwortbar. Für das Budget 2012 mussten zwar empfindliche Einschränkungen in

Kauf genommen werden, aber die guten Leistungen der Gemeinde können weiterhin garantiert werden.
Mit dem Voranschlag 2012 und der Finanzplanung 2012-2016 erfüllt der Gemeinderat die Forderung der SVP-Initiative "Für tiefere Steuern in Herisau". Der Gemeinderat erwartet daher, dass die Initiative spätestens nach der Budget-Abstimmung zurückgezogen wird.

b) Parlamentarische Kommission

Nach Ausführungen zur Ausgangslage stellt der Präsident der Finanzkommission (FiKo), Franz Rechsteiner (CVP), fest, dass sich die finanzielle Entwicklung der Gemeinde positiv bewegt, obwohl nicht alle Schlüsselinvestitionen in ihrer Wirkung definitiv beantwortet werden können. Die Finanzierbarkeit und Tragbarkeit scheint gegeben zu sein. Die Entwicklung der Einnahmen wurde eher etwas positiv, die Ausgaben eher etwas negativ budgetiert. Der Ausgabenanstieg wurde unterschätzt, zumal absehbar ist, dass der Kanton weitere Aufgaben/Lasten auf die Gemeinden überträgt. In der Planung nicht berücksichtigt sind die Gemeindeareale, die in nächster Zeit frei werden. Mit der geplanten Einführung des HRM2 wird eine Neubewertung der Liegenschaften einhergehen, was Transparenz schaffen wird.
Die FiKo kann das ausgewiesene Defizit mit der Steuersenkung nachvollziehen und befürworten.
Als problematisch wertet die FiKo die viel höheren Pflegekostenbeiträge. Ein weiterer Wehrmutstropfen bildet das AB Projekt Durchmesserlinie Trogen-SG-Appenzell. Hier ist ein fairer Verteilspiegel auszuhandeln. Das Sportzentrum muss auf ein niedrigeres Minusniveau kommen. Im Weiteren werden klare Aussagen zur künftigen Strategie erwartet. Auch die Schulkosten haben die Schmerzgrenze erreicht. Trotz kleinerer Schülerzahlen sind mehr Stellenprozente nötig. Erstaunt zeigt sich die FiKo über die hohe Grobschätzung des Vorprojekts "Innenrenovation Ref. Kirche". Eine genaue Analyse ist nötig. Kein Verständnis hat die FiKo für das Projekt "Casino Gartenbeiz" (Fr. 200'000.--). Dieses Projekt ist ebenfalls zu überdenken. Verwunderung löste auch der Investitionsposten "EDV/Telefon" aus, soll doch die Informatik ausgelagert werden.
Angesichts dessen, dass bei den Abschreibungen und im Investitionsplan gewisse Reservepolster bestehen, kann die FiKo festhalten, dass die finanzielle Gesamtentwicklung plausibel budgetiert worden ist. Den gemeinderätlichen Anträgen (Voranschlag/Steuerfusssenkung) kann daher zugestimmt werden.

c) Rat

Die FDP-Fraktion wird - so Martin Frischknecht - den gemeinderätlichen Anträgen zustimmen. Die Steuersenkungsthematik wird von einer grossen wirtschaftlichen Ungewissheit geprägt. Mit tieferen Steuern können auch kaum potente Steuerzahler gewonnen werden, was kürzlich eine Studie bewiesen hat. Eine Gutheissung der Steuersenkung hat zum Sinn, das Konto "Vor- und Rückschläge" zu entlasten und damit das Volksvermögen wieder dem Steuerzahler zurückzugeben. Die Entwicklung der Wirtschaft und damit der Steuereinnahmen muss im Auge behalten werden. Zudem basiert der Finanzplan auf vielen Annahmen. Der heutige Entscheid muss daher wohl überlegt sein. Im Weiteren erwartet die FDP, dass der Gemeinderat weiterhin sehr umsichtig mit den Ausgaben und Investitionen umgeht. In den letzten Jahren hat der Gemeinderat einen sehr guten Job gemacht. Auch die FDP vertritt die

Meinung, dass sich eine Abstimmung über die SVP-Volksinitiative erübrigen dürfte. Die vorgeschlagenen Lohnerhöhungen werden zwar gutgeheissen, doch angesichts des heutigen Umfeldes (Arbeitszeiterhöhungen, Nullrunden) als nicht selbstverständlich taxiert.

Für die CVP-Fraktion war es - so Ira Nagel - wichtig, dass die Steuersenkung nicht mit einem Leistungsabbau verbunden ist und auch längerfristig Bestand hat. Die Standortattraktivität und -qualität von Herisau wird nämlich nicht nur über die steuerpolitische Attraktivität, sondern auch über andere Faktoren (Infrastruktur, Qualität Bildungssystem) definiert. Dem Gemeinderat ist es gelungen, ein nachvollziehbares und seriöses Budget zu erstellen. Die CVP-Fraktion erachtet es als sinnvoll, in den nächsten Jahren ein Defizit in Kauf zu nehmen, um damit die Reserven geplant abzubauen. Dass trotz Steuersenkung bei den nat. Personen mit mehr Steuereinnahmen gerechnet wird, kann die CVP nicht nachvollziehen. Die Mehreinnahmen bei den juristischen Personen sind angesichts der Neuansiedlungen von Firmen verständlich. Eine seriöse Analyse der Sportzentrumssituation ist aufgrund der vorhandenen Unterlagen nur schwer möglich. Auf 2013 wird ein klar strukturierter Leistungsauftrag mit aussagekräftigen Grafiken erwartet. Die CVP ist für Eintreten, stimmt dem Voranschlag und der Steuersenkung zu und nimmt den Finanzplan zur Kenntnis.

Die SVP-Fraktion teilt - so Renzo Andreani - die gemeinderätliche Meinung, wonach eine Steuersenkung - auch längerfristig - möglich ist (nicht zuletzt angesichts des vorhandenen Volksvermögens im Konto "Vor- und Rückschläge"). Die Fehleinschätzung des Kantons bei der Pflegefinanzierung musste mit Befremden zur Kenntnis genommen werden. Zu irritieren vermögen zudem die kostenintensiven Auflagen des Kantons im Schulbereich. Trotz rückläufiger Schülerzahlen steigen die Kosten stetig an; die Schmerzgrenze ist nun erreicht! Angesichts der geplanten Auslagerung des IT-Bereiches sollte der entsprechende Investitionsposten (IT/Telefonie) nochmals überdacht werden. Dass der Stellenplan nur noch moderat wächst, ist ganz im Sinne der SVP. Ein grosser Brocken stellt die Investition "Bahn-Projekt Durchmesserlinie" dar. Der Kosten-Verteilschlüssel soll nochmals mit dem Kanton besprochen werden. Kopfschütteln verursachte der Leistungsauftrag des Sportzentrums ("aufgewärmter Businessplan"). Es fehlen klare Aussagen über die Strategie und über Massnahmen zur Defizitminimierung. Das Kostenbewusstsein ist weiterhin zu schärfen. Den gemeinderätlichen Anträgen ist zuzustimmen.

Die SP kann - so Ralph Hubmann - der rollenden Finanzplanung zustimmen. Die Verschuldung konnte in den letzten Jahren gesenkt werden. Auch die Entwicklung der Steuereinnahmen ist erfreulich. Da sich die finanzielle Zukunft recht positiv präsentiert, darf davon ausgegangen werden, dass die Steuersenkung auch längerfristigen Bestand haben wird (ohne Verzicht auf Dienstleistungen und Investitionen). Die vorgeschlagene Steuerfusssenkung kann daher gutgeheissen und den übrigen Anträgen zugestimmt werden.

Gemäss Peter Künzle (EVP) muss der Steuerfuss und das Budget als Einheit betrachtet werden. Es erstaunt, dass der Steuerfuss gesenkt wird, obwohl ein Millionen-Defizit eingefahren wird. Erst noch wurden finanziell schwierige Zeiten prognostiziert (weniger Steuereinnahmen, Finanzkrise, Schuldenlast durch das Sportzentrum, etc.). Sind Druckversuche des Kantons oder die Drohung der SVP mit der Volksinitiative die Ursache der gemeinderätlichen Kehrtwende? Für die EVP ist daher die heutige Steuersenkung eine Gratwanderung. Was ist sinnvoller? Eine grösse-

re Verschuldung mit einer minimalen Steuersenkung oder eine ausgeglichene Rechnung bei einem gleich bleibenden Steuerfuss? Eine Steuersenkung wird im Volk gut ankommen, obschon diese keine allzu grosse Entlastung für den Normalverdiener auslösen wird. Gemäss der EVP sollten eher die Schulden und nicht die Steuern gesenkt werden. Längerfristig kann ein Leistungsabbau nicht ausgeschlossen werden. Die EVP ist gegen die Steuersenkung und wünscht sich einen ausgeglichenen Voranschlag.

Gemeindepräsident Paul Signer weist darauf hin, dass der Gemeinderat bereits in der letzten Budget-Sitzung eine mögliche Steuersenkung in Aussicht gestellt hat; von einer überraschenden Kehrtwende kann daher nicht gesprochen werden. Die Steuerfusssenkung wird nicht leichtfertig vorgeschlagen. Die Aussage, dass der Stellenplan bei der Schule weiterhin anwächst, ist nicht nachvollziehbar; auf der Primarstufe ist ein Abbau klar ersichtlich. Zudem sind Stellen aufgeführt, die fremdfinanziert sind. Seit Jahren vermag der Leistungsauftrag des Sportzentrums nicht zu überzeugen. Im Hinblick auf die geplante Einführung einer integrierten Aufgaben- und Finanzplanung dürfte es aus Ressourcengründen kaum sinnvoll sein, den Leistungsauftrag zu überarbeiten. Sollte die Erwartung lediglich darin bestehen, das Defizit senken zu wollen, so wäre dies mit wenigen Massnahmen (z.B. Vollkostenrechnung gegenüber der Schule, Eintritt auch für Kleinkinder) machbar. Diesbezüglich sind jedoch politische Entscheide erforderlich. Längerfristig stellt der Gemeindepräsident bessere Unterlagen in Aussicht (vermutlich jedoch noch nicht im 2012). Sollte die Casino-Gartenbeiz tatsächlich soviel kosten, so wird dies unweigerlich eine Einwohnerratsvorlage auslösen, aufgrund welcher dann die Notwendigkeit und die Angemessenheit der Kosten beraten werden kann. Abschliessend hält Paul Signer nochmals fest, dass jetzt der richtige Zeitpunkt für die beantragte Steuersenkung ist und diese längerfristig gehalten werden kann.

Christian Oertle (SVP) erkundigt sich, wieweit der Einwohnerrat auf den Finanzplan Einfluss nehmen kann. Von Gesetzes wegen obliegt - so Gemeindepräsident Paul Signer - die (Finanz-)Planung grundsätzlich der Exekutive. Sollte sich jedoch in der nachfolgenden Diskussion ergeben, dass Aufgaben nicht, später oder früher erfüllt werden sollen, dann wird der Gemeinderat diese Erkenntnisse, sofern sie von Mehrheiten im Parlament getragen werden, in die nächste Finanzplanung einfliessen lassen.
Peter Federer (SP) bestätigt, dass die Einflussnahme auf die Finanzplanung durch den Einwohnerrat durchaus möglich ist (aktuelles Beispiel: Werkhof/Feuerwehrdepot). In der Diskussion können auch Punkte wie die Gebundenheit oder die Prioritätensetzung besprochen werden.

Die Niedriggeschwindigkeitszonen (Konto 3010.92.501) empfindet Christian Oertle (SVP) im Grundsatz gut, dennoch sollten sie nicht "flächendeckend" eingeführt werden.

Gemeindepräsident Paul Signer bestätigt die Planung einer gemeinsamen Informatikfirma für den Kanton und die Gemeinden. Sollte dieses Vorhaben zum Tragen kommen, so wird der Gemeinderat zu prüfen haben, ob die Investitionen (Konto 305) noch Sinn machen. Aus Gründen der Vollständigkeit und weil noch nicht alle Informationen (z.B. Leistungskatalog) vorhanden sind, wurden die Investitionen vorsorglich dennoch im Finanzplan integriert.
Markus Koller (CVP) bittet darum, die IT-Projekte einzeln aufzuführen und hiefür eine für jedermann verständliche Formulierung zu verwenden.

Markus Koller (CVP) vermutet im Konto 1900 einen Fehler, nachdem die Einnahmen ab dem Planjahr 2014 frappant anwachsen. Gemeinderat Hans Stricker zeigt sich ebenfalls überrascht…

Beschluss

Der Einwohnerrat

b e s c h l i e s s t:

Vom Finanzplan 2012 - 2016 wird Kenntnis genommen.

Voranschlag 2012; Laufende Rechnung und Investitionsrechnung 2012 - Festlegung des Steuerfusses 2012

(Grundlage und Bestandteil dieses Protokolls bildet die gemeinderätliche Botschaft vom 14. September 2011)

Antrag

Mit Beschluss vom 13. September 2011 unterbreitet der Gemeinderat folgende Anträge:

1. Den Voranschlag des Jahres 2012 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'426'900.-- in der Laufenden Rechnung und Investitionsausgaben von netto Fr. 21'198'000.-- mit einem Steuerfuss von 4,1 Einheiten (Gesamtsteuerfuss für natürliche Personen) zu genehmigen;

2. im Rahmen des Voranschlages für Lohnerhöhungen 1,5 % der Lohnsumme zu bewilligen (über die voraussichtliche Aufteilung in 0,7 % für individuelle Lohnanpassungen und 0,8 % für generelle Erhöhungen entscheidet der Gemeinderat nach Genehmigung des Budgets durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger).

3. festzustellen, dass die Genehmigung des Voranschlages und die Festsetzung des Steuerfusses gemäss Art. 11 lit. b der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum unterliegt;

4. den Stimmberechtigten die Annahme des Voranschlages zu empfehlen.

Eintretensfrage

Die Eintretensvoten wurden bereits unter dem Traktandum 09 gehalten.

Detailberatung

Christian Oertle (SVP) weist darauf hin, dass die voraussichtliche Jahresteuerung nur 0,3 % betragen wird. Zudem wurde dem Gemeindepersonal in der Vergangenheit immer wieder eine Teuerung zugestanden. Dem Personal müsse bewusst sein, dass eine jährliche Teuerungsanpassung keinesfalls selbstverständlich sei.

Glen Aggeler (CVP) erkundigt sich, weshalb das Konto 1360.433.02 (Bläserklasse) keinen Ertrag enthält, obschon dieses Angebot sehr begehrt sein soll. Gemeinderätin Annette Joos bestätigt, dass die Bläserklasse tatsächlich ein Erfolg ist. Eine interne Rechnung wird geführt, wobei die Einnahmen die Aufwendungen abzudecken vermögen. Systembedingt wird dieses Konto noch aufgeführt; mittelfristig wird es aufgehoben werden.

Stellvertretend für die abwesende Marlies Nef (FDP) unterbreitet Margrit Baumgartner (FDP) folgenden Antrag:
Damit die Herisauer Kinder und Jugendlichen das Freibad auch im Sommer 2012 und in den nachfolgenden Sommer gratis benützen können, ist das Globalbudget des Sportzentrums um Fr. 70'000.-- (….) zu erhöhen (….).
Diese Massnahme ermöglicht den Kindern die Freizeit sinnvoll und mit Sport im Freien zu verbringen. Die diesjährige Aktion (ermöglicht durch eine Stiftung) führte dazu, dass mehr Kinder und Familien das Freibad besucht haben. Dies kann zu einer Umsatzsteigerung im Restaurant führen, was alsdann den Ertragsausfall zu relativieren vermag.
Renzo Andreani (SVP) taxiert diesen Antrag einerseits als nett und anderseits als Partikularinteressen-Votum. Er tendiert auf eine ganzheitliche Betrachtungsweise und die Einbettung in ein Gesamtkonzept. Im heutigen Zeitpunkt empfiehlt er die Ablehnung des Antrages.
Gemeindepräsident Paul Signer vermag die von Ira Nagel (CVP) geäusserte Unklarheit bezüglich des beantragten Betrages (Abo à Fr. 45.-- x 1569 Schüler/innen = Fr. 70'000.--) zu beheben. Bezug nehmend auf die Freibad-Statistik stellt Ira Nagel fest, dass die Eintritte im Jahre 2009 identisch sind mit denjenigen im Jahre 2011 (trotz Gratiseintritten). Gemeindepräsident Paul Signer weist darauf hin, dass die aufgeführte Anzahl der Eintritte pro 2011 eine Hochrechnung darstellt; die effektiven Eintrittszahlen 2011 liegen noch nicht vor.
Christian Oertle (SVP) befürchtet, dass ein wiederkehrender Gratiseintritt an Reiz verlieren wird. Er nimmt daher eine ablehnende Haltung ein.
Peter Federer (SP) bemerkt, dass keine Kosten generiert, sondern auf Einnahmen verzichtet werden. Mit dem Gratis-Angebot wird die Schwelle zur Nutzung des Sportangebots gewaltig gesenkt. Zudem kann die Aktion auch als "familienfreundlich" vermarktet werden. Er wird den Antrag unterstützen.
Markus Koller (CVP) empfindet den Antrag als sehr gut, umso mehr, als mit dieser Aktion Kindern/Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung angeboten werden kann. Allenfalls lassen sich ja erneut auch Stiftungen für eine (Mit-)Finanzierung finden.
Thomas Forster (SP) zeigt sich unschlüssig; einerseits empfindet er die zu erwartenden Kosten als vertretbar, anderseits hat er Verständnis für die Voten von Christian Oertle ("Reiz geht verloren") und Renzo Andreani ("Gesamtkonzept fehlt"). Er kann sich daher vorstellen, dass die Gratis-Aktion auf vorerst ein Jahr beschränkt und die Zeit alsdann dafür genutzt wird, um auch noch andere Jahres-Angebote (z.B. kostenlose Eisbahn-Benützung, kostenloses Bus Fahren) im Rahmen eines Ge-

samtkonzeptes zu prüfen. Abschliessend tendiert er darauf, die Aktion befristet zu bewilligen.
Gemeindepräsident Paul Signer taxiert den Antrag als nochmalige Aktion für das nächste Jahr und nicht als jährlich wiederkehrende Budget-Position. Bezug nehmend auf das Votum von Markus Koller hält Paul Signer fest, dass erfahrungsgemäss Stiftungsgelder nicht mehr erhältlich gemacht werden können, sobald die Gemeinde die Finanzierung übernommen hat.
Stefan Ries (CVP) wertet die Hoffnung, dass mit der Gratis-Aktion mehr Kinder ins Freibad gehen werden, als illusorisch und bekräftigt diese Aussage mit einem Beispiel aus der Praxis. Als überlegenswert taxiert er jährlich abwechselnde Gratis-Angebote (Schwimmbad, Bus, etc.).
Peter Künzle (EVP) hält etwas zynisch fest, dass ein Millionen-Defizit in Kauf genommen wird, währenddem ein kostenloser Freibad-Eintritt für Kinder sehr kritisch hinterfragt wird. Auch er empfindet den Antrag als sympathisch.
Renzo Andreani (SVP) empfindet den Antrag ebenfalls als sympathisch, aber ein Schnellschuss. Er beharrt auf einem Gesamtkonzept. Zudem dürfte dieses Gratis-Angebot auch andere Begehrlichkeiten wecken (kostenlose Benützung der Sedel-Infrastruktur, Subventionierung von Kinderfilmen im Kino, etc.).

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltungen
	7	15	03

Bezug nehmend auf die Konten 1830/1835 erkundigt sich Markus Koller (CVP) nach dem Grund dieser Schwankung (2011: rund Fr. 600'000.--, 2012: rund Fr. 815'000.--). Gemäss Gemeindepräsident Paul Signer ging der Voranschlag 2011 von unrealistischen Voraussetzungen aus (u.a. viel zu tiefe Energiekosten).

Christian Oertle (SVP) wünscht sich eine Erklärung zur Position 2210.364.05 (Anteil Betriebsdefizit Nachtbus SG). Auch der letztjährige Voranschlag enthielt diese Position, währenddem in der Rechnung nie eine Aufwendung erscheint. Gemeinderat Hans Stricker verweist darauf, dass das Konto zwischenzeitlich eine neue Bezeichnung erhalten hat ("Zuschlag Quotenüberschreitung Bund/AR"). In diesem Konto werden ungedeckte Mehraufwendungen für neue Linien verbucht.

Florian Hunziker (SVP) möchte wissen, was das Betreffnis von Fr. 60'000.-- (Konto 2300.318.03, Standortförderung und Information) beinhaltet. Gemeinderätin Ursula Rütsche führt aus, dass diese Position sämtliche Aufwendungen (exkl. Projekte) enthält, die einen Bezug zur Standortführung haben (u.a. Broschüren). Florian Hunziker zeigt sich überrascht, dass der budgetierte Aufwand hauptsächlich für Broschüren vorgesehen ist; vielmehr hätte er Aufwendungen für Projekte erwartet. Gemeinderätin Ursula Rütsche präzisiert, dass diese Position auch Unterstützungen für sinnvolle Aktionen (z.B. für den Gewerbeverband) enthält.

Myrta Inauen (SVP) stellt fest, dass der Kommentar zur Position 2340.318.02 ("Abschluss einer günstigeren Kaskoversicherung") nicht im Einklang mit dem entsprechenden Budget-Posten steht. Gemeinderätin Ursula Rütsche erklärt, dass der Kommentar fälschlicherweise aufgeführt wurde und nicht zum Voranschlag passt, sondern zur Rechnung 2010. Für Myrta Inauen bleibt es dennoch unverständlich, weshalb die Budgetposition 2012 in diesem Umfang (Fr. 11'000.--) ausfällt. Gemeinderätin Ursula Rütsche erklärt, dass eine Versicherungsänderung nur in Bezug auf das Rückefahrzeug eingetreten ist; die übrigen Versicherungsleistungen bleiben gleich.

Der Einwohnerrat

b e s c h l i e s s t :

1. Der Voranschlag des Jahres 2012 mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'426'900.-- in der Laufenden Rechnung und Investitionsausgaben von netto Fr. 21'198'000.-- mit einem Steuerfuss von 4,1 Einheiten (Gesamtsteuerfuss für natürliche Personen) wird genehmigt (23 Ja, 2 Nein).

2. Einstimmig wird im Rahmen des Voranschlages für Lohnerhöhungen 1,5 % der Lohnsumme bewilligt (über die voraussichtliche Aufteilung in 0,7 % für individuelle Lohnanpassungen und 0,8 % für generelle Erhöhungen entscheidet der Gemeinderat nach Genehmigung des Budgets durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger).

3. Es wird festgestellt, dass die Genehmigung des Voranschlages und die Festsetzung des Steuerfusses gemäss Art. 11 lit. b der Gemeindeordnung dem obligatorischen Referendum unterliegt.

4. Den Stimmberechtigten wird die Annahme des Voranschlages empfohlen (23 Ja, 2 Enthaltungen).

Geschäftsreglement Einwohnerrat; Totalrevision; Einsetzung einer parlamentarischen Kommission

(Grundlage und Bestandteil dieses Protokolls bildet die Botschaft des Büros des Einwohnerrates vom 13. September 2011)

Antrag

Mit Beschluss vom 7. September 2011 unterbreitet das Büro folgende Anträge:

1. Auf das Wahlgeschäft einzutreten.

2. Für die Beratung des neuen Geschäftsreglements des Einwohnerrates eine vorberatende Kommission, bestehend aus einem Präsidenten bzw. einer Präsidentin und vier Mitgliedern, einzusetzen.

Eintretensfrage

Einleitend informiert der Ratspräsident über den bisherigen Projektverlauf und zeigt die nächsten Verfahrensschritte auf.

Eintretensvoten unterbleiben.

Feststellung

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Der Ratspräsident informiert, dass sich die Fraktionen auf vier Wahlvorschläge geeinigt haben. Abweichend vom Antrag erachtet das Büro des Einwohnerrates die Grösse der Kommission als genügsam.

Beschluss

Der Einwohnerrat

b e s c h l i e s s t :

1. Für die Beratung des neuen Geschäftsreglements des Einwohnerrates wird eine vorberatende Kommission, bestehend aus einem Präsidenten bzw. einer Präsidentin und drei Mitgliedern, eingesetzt.

2. Als Mitglieder der vorberatenden Kommission werden gewählt:
   - Marlies Nef (FDP-Fraktion)
   - Peter Erny (SVP-Fraktion)
   - Markus Koller (CVP/EVP-Fraktion)
   - Ralph Hubmann (SP-Fraktion)

   Als Präsidentin wird einstimmig gewählt:
   - Marlies Nef (FDP)